

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 189 (2023)
Heft: 4

Artikel: Konfliktdynamik in Kosovo
Autor: Russi, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1046453>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konfliktdynamik in Kosovo

Unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine droht die Konfliktlösung auf dem Westbalkan in den Hintergrund zu treten. Dabei gehören dort das mögliche Auseinanderbrechen Bosniens und Herzegowinas durch die Sezession der «Republika Srpska» und der schwelende Konflikt in Kosovo zu den grössten Konfliktpotenzialen.

Bruno Russi

Dass der Krieg in der Ukraine einen Einfluss auf den Westbalkan hat, ist unbestritten, obwohl noch weitgehend unklar ist, wie stark dieser ist. Sowohl auf die Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina als auch in Kosovo dürfte der Ukraine-Krieg aber einen grossen Einfluss haben. Und dies nicht nur, weil Serbien in beiden Konflikten ein wichtiger Akteur ist. Da die Schweiz seit 1999 mit der Swisscoy in Kosovo an der militärischen Friedensförderung im Rahmen der Kosovo Force der NATO (Kfor) engagiert ist, soll der Fokus hier auf die Lage in Kosovo gelegt werden.

Grosse Problempalette

Zu den grundsätzlichen Problemen in Kosovo, welche auch vom Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten in seinem Kooperationsprogramm 2022 bis 2025 ausgewiesen werden, gehören: innenpolitische Polarisierung, häufige Regierungswechsel, geringe institutionelle Vertretung von Minderheiten und Frauen, Korruption, schwache Rechtsstaatlichkeit und Verzögerungen bei der Umsetzung des rechtlichen Rahmens sowie mangelnde Transparenz. Als Konsequenz daraus ergeben sich sowohl ein mangelndes Vertrauen in die Politik als auch in die öffentliche Verwaltung¹.

Diese endogenen Faktoren werden noch verstärkt durch exogene Faktoren, deren wichtigste die unvollständige völkerrechtliche Anerkennung und die Einflussnahme Serbiens mit teilweiser Unterstützung durch Russland ist. Die Unabhängigkeit des Kosovo wird derzeit von 117 Staaten anerkannt. Nicht anerkannt wird Kosovo unter anderem von Serbien, Russland, China, Indien, aber auch von den NATO- und EU-Mitgliedstaaten Spanien, Griechenland, Rumänien, Slowakei und Zypern. Dies schwächt die Möglichkeit, als Vollmitglied in wichtigen internationalen Institutionen wie der

UNO, der Europäischen Union, der OSZE und der NATO mitzuarbeiten, welche ihrerseits trotzdem die politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklung in Kosovo – und mithin dessen Selbstständigkeit – fördern und insbesondere bei der Lösung der endogenen Probleme unterstützen.

EU als wichtige Stütze

Die EU unterstützt Kosovo nicht nur politisch durch eine klare europäische Perspektive, sondern auch finanziell, wirtschaftlich und technisch. Finanziell, etwa in den Bereichen Wiederaufbau, Verwaltungsreform, Wirtschaftsreform, Landwirtschaft, Zivilgesellschaft, ist sie der grösste institutionelle Geber. Im sicherheitspolitischen

«Solange die grundlegenden Probleme, wie die vollständige völkerrechtliche Anerkennung Kosovos, nicht gelöst sind, bleiben Russland, China und die Türkei wichtige Einflussfaktoren.»

Bereich ist die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erwähnen, die unter anderem mittels der Eulex (European Union Rule of Law Mission in Kosovo) einen substanziellen Beitrag an die Sicherheit, den Wiederaufbau in Kosovo beziehungsweise an den Aufbau von freien rechtsstaatlichen Strukturen und Institutionen leistet. Dem polizeilichen Beitrag an die Sicherheit in Kosovo liegt ein dreistufiges Response-Konzept zugrunde, welches auf der kosovari-

schen Polizei als erstem Reaktionselement, der «Formed Police Unit of the European Union Rule of Law Mission in Kosovo» als zweitem und der Kfor als drittem Reaktionselement basiert.

Seit Juni 1999 führt die NATO die Kfor als friedensunterstützende Operation in Kosovo. Ihr aktueller Bestand sind zirka 3800 Streitkräfteangehörige. Diese Mission wurde nach der NATO-Luftoperation im März 1999 unter anderem durch ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates geschaffen (UNO-Sicherheitsratsresolution 1244) und hat zum Ziel, ein erneutes Aufflammen des Konfliktes zu verhindern respektive Angriffe auf Kosovo abzuschrecken, die Einhaltung von Ruhe und Ordnung sicherzustellen, ein sicheres Umfeld für die Zivilbevölkerung zu schaffen und – in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen – die humanitären Bemühungen zu unterstützen.

Bereits in diesem ursprünglichen Mandat war klar, dass eine rein militärische Unterstützung nicht genügt und weitere Elemente wie Schutz der Grenzen, Unterstützung von Flüchtlingen und Vertriebenen bei der Rückkehr, Entminung, Zerstörung von Waffen, aber auch die Unterstützung des Justiz- und Justizvollzugssystems oder des Wahlsystems hinzukommen mussten. Das Mandat gestaltete sich sowohl als militärische, aber auch als sicherheitspolitische Aufgabe in einem weiteren Sinn.

Eine neue Sicherheitsorganisation

Zu diesem ursprünglichen Mandat kam später (2008) die Unterstützung des Aufbaus der sogenannten Kosovo Security Force (KSF) oder Forca e Sigurisë së Kosovës (FSK), einer leicht bewaffneten freiwilligen Sicherheits- beziehungsweise Zivilschutzorganisation und der notwendigen demokratischen Kontroll-Strukturen hinzu. Die KSF soll nach dem Willen der kosovarischen Politik die Basis einer kosovarischen (Miliz-) Armee werden. Die Gesetze zur Überführung der KSF in eine reguläre Armee wurden zwar vom kosovarischen Parlament verabschiedet, jedoch unter Boykott der serbischen Minderheit. Während die USA, Deutschland, Frankreich und die Türkei einer Überführung der KSF in eine kosovarische Armee grundsätzlich positiv gegenüberstehen, weigert sich Serbien, die Über-

► Angehörige der Swisscoy im Gespräch mit der lokalen Bevölkerung. Bild: Sam Bosshard, VBS

führung anzuerkennen. Die NATO steht dieser Überführung ebenfalls kritisch gegenüber.

Verschlechterte Sicherheitslage

Obwohl die Sicherheitslage in Kosovo derzeit relativ ruhig, aber nicht stabil ist, stellt sich die Frage nach der Veränderung der Konfliktdynamik und der möglichen Konsequenzen im Zuge des Krieges Russlands gegen die Ukraine. Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich die Sicherheitslage auf dem gesamten Westbalkan seit dem russischen Angriff auf die Ukraine verschlechtert hat, insbesondere die ohnehin bestehenden Polarisierungen und Instrumentalisierungen haben zugenommen. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Engagement der NATO in Kosovo aufgrund des Krieges in der Ukraine reduziert werden könnte.

Auch endogene Faktoren verschärften sich in der Folge des Krieges in der Ukraine. Die Traumata der 1990er-Jahre und das damit verbundene gegenseitige Misstrauen sowohl in Kosovo zwischen der ethnisch albanischen Mehrheit und der serbischen Minderheit als auch in Serbien selbst – dort

insbesondere gegen die NATO – dürften nach wie vor Wirkung zeigen und erheblich zur Fragilität der Lage beitragen.

Dies – und die Konfliktdynamik beziehungsweise die volatile Sicherheitslage – lässt sich etwa an der Eskalation der Spannungen im vergangenen Dezember ablesen, wo Angehörige der serbischen Minderheit in Nordkosovo Strassensperren aus Protest gegen die Festnahme eines ehemaligen serbischen Polizisten errichtet hatten.

Nach der Errichtung der Strassensperren wurden die serbischen Streitkräfte an der Grenze zu Kosovo in erhöhte Bereitschaft gestellt. Die unmittelbare Krise konnte zwar entschärft werden, zeigt aber die Reaktionen der Akteure, die jeweilige Einflussnahme und das Konfliktmuster. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić besuchte nach der unmittelbaren Deeskalation zusammen mit seinem Generalstabschef eine serbische Kaserne an der Grenze zu Kosovo und dankte dabei den serbischen Streitkräften, die alles zum Schutze der serbischen Minderheit in Kosovo tun würden. Später rief er aber die serbische Minderheit in Kosovo auf, die Barrikaden abzubauen.

Die EU und die USA riefen alle Parteien zu «maximaler Zurückhaltung auf» und

hielten fest, es würde zusammen mit dem serbischen Präsidenten und dem kosovarischen Premierminister Albin Kurti eine politische Lösung gesucht, um die Spannungen zu reduzieren.²

Russische Schuldzuweisungen

Die offizielle russische Reaktion dagegen zeigte sowohl eine klare Schuldzuweisung als auch die Besorgnis über eine «Anzahl von Provokationen seitens der <Autoritäten> in Kosovo unter Duldung durch die EU und die USA». Pristina verfolge eine Politik der Vergeltungsmassnahmen gegen die serbische Minderheit, welche ethnisch motivierte Gewalt benutze. Das Ziel dieser Provokationen sei die vollständige Übernahme der Kontrolle über die nicht-albanischen Provinzen.³

Die EU geht im Konfliktmanagement einen Schritt weiter. Am 27. Februar gab der diplomatische Dienst der EU bekannt, der serbische Präsident und der kosovarische Ministerpräsident hätten einem Abkommen grundsätzlich zugestimmt, welches unter anderem die gegenseitige Anerkennung von Reise- und Berufsdokumenten (Pässe, Diplome etc.), friedliche Konfliktlösung, Zusammenarbeit im wirtschaftlichen,



rechtlichen und vielen anderen Bereichen vorsah. Zudem verpflichtete Serbien sich, die Mitgliedschaft von Kosovo in internationalen Organisationen nicht zu blockieren. Im Gegenzug soll der Schutz der serbischen Minderheit und der Status der serbisch-orthodoxen Kirche formalisiert werden. Weitere Diskussionen über die Ausgestaltung der einzelnen Punkte müssten allerdings folgen. Im nordmazedonischen Ohrid fand am 18. März eine weitere Verhandlungsrunde statt, in welcher der Anhang zur Implementierung des Abkommens besprochen wurde. Allerdings betonte Vučić kurze Zeit später, er habe nichts, weder das Abkommen noch den Anhang, unterschrieben.

Russischer Einfluss weiterhin gross

Russland kann durch den Krieg in der Ukraine noch weniger «soft power» zum Tragen bringen. Bisher hat es auch politisch und wirtschaftlich wenig konstruktive Alternativen aufgezeigt. Dadurch dürfte es auch beim moskaufreundlichen Bevölkerungsanteil Serbiens und Kosovos an Unterstützung eingebüsst haben. Dennoch bleibt das russische Einflusspotenzial anhaltend hoch – sowohl aufgrund der traditionellen vielfältigen kulturellen, religiösen, politischen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitisch-militärischen, aber auch wegen der personellen Verbundenheit zwischen Serbien und Russland. Im September 2022 unterzeichneten Serbien und Russland einen weiteren Konsultationsplan für die Jahre 2023 und 2024. Ausserdem hat Serbien einen Beobachterstatus in der «Organisation für Kollektive Verteidigung ODKB».

Solange die grundlegenden Probleme, insbesondere die vollständige völkerrechtliche Anerkennung Kosovos, nicht gelöst sind – und eine Lösung zeichnet sich derzeit nicht ab – werden sowohl Russland als auch China und die Türkei als Einflussfaktoren einkalkuliert werden müssen. In internationalen Foren, vor allem etwa im UNO-Sicherheitsrat, können Lösungen, die nicht im russischen respektive chinesischen Interesse sind oder den russischen und chinesischen Einfluss auf dem Westbalkan reduzieren, behindert werden.

Serbien dürfte seine Vier-Säulen-Politik (gute Beziehungen zur EU, Russland, China und den USA) zudem weiterhin nutzen, um zwischen der EU/NATO und Russland sowie eventuell China zu lavieren, um so die Durchsetzung der eigenen Interessen

zu maximieren. Gleichzeitig wird auch die Lage weiterhin volatil bleiben. Ein wichtiger Indikator für Stabilität werden die Wahlen in Kosovo im April sein. Am 23. April finden ausserordentliche Wahlen der Bürgermeister in verschiedenen Regionen im Norden des Kosovo statt (Nord-Mitrovica, Zubin Potok, Leposavic und Zvečan).

Verlängerung des Schweizer Einsatzes

Der Bundesrat hat den Veränderungen der Konfliktdynamik unter anderem mit der «Botschaft zur Verlängerung der Schweizer Beteiligung an der multinationalen Kosovo Force der NATO (2024–2026)»⁴ Rechnung getragen. Die Botschaft wurde am 23. November 2022 durch den Bundesrat verabschiedet und bedarf noch der Zustimmung des Parlaments. Der wesentlichste Punkt ist die Schaffung der Möglichkeit einer Aufstockung des Maximalbestandes um höchstens 30 Angehörige der Armee für den Fall, dass – aufgrund anderer Prioritäten der NATO-Mitglieder – das Engagement in der Kfor reduziert und neue Bedürfnisse vor allem in den Bereichen Logistik und Sicherheit entstehen würden.

Zudem kann das Kontingent im Fall eines erhöhten Sicherheitsbedürfnisses der Swisscoy auch für deren Schutz eingesetzt werden. Gleichzeitig gibt die Botschaft des Bundesrates auch Antwort auf eine Anfrage der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates vom Januar 2022 über die Ziele respektive die Kriterien, welche für einen Abzug der Swisscoy langfristig erfüllt sein müssten. ■

- 1 Swiss cooperation programme Kosovo 2022–2025; Kommunikation EDA, 3003 BERN <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/publikationen/alle-publikationen.html/content/publikationen/de/deza/programme/swiss-cooperation-programme-kosovo-2022-2025>
- 2 US Botschaft in Belgrad; Medieninformation vom 28.12.2022. <https://rs.usembassy.gov/joint-statement-on-the-escalating-tensions-in-the-north-of-kosovo>
- 3 Russisches Aussenministerium: Stellungnahme der Sprecherin, Maria Sacharova zu den Eskalationen in Kosovo. 12.12.2022 <https://mid.ru/en/maps/rs/1843378>
- 4 Botschaft zur Verlängerung der Schweizer Beteiligung an der multinationalen Kosovo Force (KFOR) der Nato (2024–2026) <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/73979.pdf>



Oberst a D Bruno Russi
Redaktor ASMZ
bruno.russi@asmz.ch
3014 Bern



CYBER OBSERVER

Marc Ruef
Head of Research
scip AG

Der Waffenhandel im Darknet ist ein kontroverses Thema, das immer wieder in den Schlagzeilen auftaucht. Doch was genau ist das Darknet und wie funktioniert der Handel mit Waffen in diesem Bereich?

Das Darknet ist ein Teil des Internets, der nicht über herkömmliche Suchmaschinen erreichbar und nur über spezielle Mechanismen zugänglich ist. Hier können Nutzer weitgehend anonym agieren, wodurch das Darknet besonders attraktiv für illegale Inhalte ist.

Im Darknet gibt es verschiedene Marktplätze, auf denen Waffen und andere illegalen Güter gehandelt werden. Die Bezahlung erfolgt meist in Kryptowährungen wie Bitcoin, was die Deanonymisierung der Transaktionen erschwert. Die Käufer und Verkäufer nutzen Pseudonyme und verschlüsselte Kommunikationskanäle, um ihre Identität zu schützen.

Die Verfügbarkeit von Waffen im Darknet ist besorgniserregend. Es besteht die Gefahr, dass diese Waffen in die falschen Hände geraten und für kriminelle Zwecke eingesetzt werden.

Es ist jedoch nicht einfach, den Waffenhandel im Darknet zu kontrollieren. Die Verkäufer können Server und Daten verschlüsseln, um der Entdeckung zu entgehen. Die Polizei und andere Strafverfolgungsbehörden müssen daher über spezielle Fähigkeiten und Werkzeuge verfügen, um solche Verbrechen aufzudecken und zu verfolgen.

Um den Waffenhandel im Darknet effektiv zu bekämpfen, müssen Strafverfolgungsbehörden und Regierungen enger zusammenarbeiten. Es müssen spezielle Ermittlungsteams gefördert werden, die sich auf die Überwachung des Darknets und des illegalen Handels konzentrieren.

ASMZ-Leserbefragung

Sagen Sie uns Ihre Meinung.
Scannen Sie den QR-Code
und beantworten Sie bis
am 16. April 2023 die Fragen.
Besten Dank, dass Sie sich
dafür Zeit nehmen.



skyguide

beyond horizons

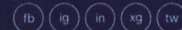
Werde dipl. Flugverkehrsleiter:in HF Bewirb Dich jetzt für die Ausbildung

Bewerbungen können laufend eingereicht werden.

BE A
#GUARDIAN
OFTHESKY

Besuche jetzt unsere
Berufsinfoveranstaltungen:
skyguide.ch/events

Weitere Informationen:
skyguide.ch/future



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizer Armee
Armée suisse
Esercito svizzero

SCHWEIZER ARMEE • ARMÉE SUISSE • ESERCITO SVIZZERO



CONNECTED

Digitalisierung und Cyber in der Schweizer Armee
erleben – begreifen – verstehen

18. bis 20. August 2023

Waffenplatz Kloten-Bülach

PROGRAMM

Freitag, 18.08.2023, 10.00–20.00 Uhr
Samstag, 19.08.2023, 09.00–20.00 Uhr
Sonntag, 20.08.2023, 09.00–17.00 Uhr

Eröffnung und Nachwuchstag
Familientag
Finale

connected23.ch

